

Unsere Entlastungsoffensive für die gesellschaftliche Mitte – für Sparer, Arbeitnehmer, Mittelstand und Unternehmen

Das größte Potenzial in Deutschland steckt in der Innovationskraft seiner Menschen und Unternehmen. Unsere Weltmarktführer, unser Mittelstand und unsere hochqualifizierten Arbeitnehmer führen uns regelmäßig an die Weltspitze bei Wirtschaftskraft und Exporten, bei Patenten und Innovationen. Hier liegt das Potenzial für das Wachstum, die Beschäftigung und den Wohlstand von morgen. Das Potenzial auf ein Wirtschaftswunder 4.0. Dieses Potenzial wollen wir heben – mit dem klaren politischen Signal: Leistung lohnt sich! Dafür starten wir eine Entlastungsoffensive.

Wir wollen die Zinswende. Mit ihrer aktuellen Nullzinspolitik belohnt die EZB das Schuldenmachen und bestraft die Sparer. Negativzinsen erschweren die Altersvorsorge und steigern die Gefahr von Marktübertreibungen. Deshalb ist es notwendig, dass die EZB ihre Geldpolitik und insbesondere das Inflationsziel überprüft. Politisch motivierte Lenkungswirkungen der EZB wie z.B. Wirtschaftswachstum, Arbeitsmarktpolitik oder der Kampf gegen den Klimawandel lehnen wir entschieden ab. Unsere klare Erwartung ist der Einstieg in den Ausstieg aus der Negativzinsphase und die Beendigung der Anleihekaufprogramme. Die neue EZB-Präsidentin Christine Lagarde muss erkennen: Aufgabe der EZB ist eine stabile Geldpolitik – nicht eine europäische Ersatzstrukturpolitik.

- **Wir wollen eine Rendite-Offensive gegen die Zinsblockade.** Wer für morgen vorsorgen will, braucht heute Unterstützung. Solange die EZB die Entwertung des Sparens nicht beendet, müssen wir national für eine Entlastung vor allem der Sparer mit geringen Einkommen sorgen. Die Negativzinsen, die Banken an die EZB zu entrichten haben, werden als Gebühren an alle Bankkunden weitergegeben. Das wollen wir vermeiden – zum Schutz der Verbraucher. Dafür wollen wir gemeinsam mit den Banken ein Basiskonto für kleine und mittlere Einkommen entwickeln, wobei grundlegende Funktionen wie die Abwicklung von Gehalt und Miete möglichst kostenlos zur Verfügung stehen sollten. Die Belastung der Banken durch unnötige Regulierung wollen wir prüfen und möglichst für Entlastungen sorgen.
- **Wir wollen eine festverzinsten Innovationsanleihe.** Wir brauchen in Deutschland einen Zinsbonus statt des EZB-Sparmalus. Wir wollen deshalb eine Innovationsanleihe einführen – mit einem staatlich garantierten Positivzins von 2 Prozent und einer Laufzeit von 10 Jahren. Ausgereicht werden soll die neue Anleihe über die KfW, die die eingeworbenen Mittel in Startups und Unternehmensinnovationen mit einem Schwerpunkt auf neue Schlüsseltechnologien der Digitalisierung wie Künstliche Intelligenz und Klimatechnologien investiert. Die Verzinsung wird staatlich garantiert bzw. über die erwirtschafteten Investitionsrendite refinanziert. Damit schaffen wir ein Kreislaufsystem mit einem attraktiven Angebot für Sparer und dringend benötigtem Risikokapital für Startups. Denn: Ein starkes Startup-Ökosystem braucht Kapital, um zu wachsen. Hier haben wir enormen Nachholbedarf. Während in 2019 in den USA insgesamt 117 Milliarden Dollar und in Asien 63 Milliarden Dollar an Risikokapital in Tech-Startups und Unternehmen

investiert wurde, waren es in Europa nur 35 Milliarden Dollar – davon 6 Milliarden Dollar in Deutschland. Das wollen wir ändern und über die Innovationsanleihe in den kommenden fünf Jahren jährlich 20 Milliarden Euro – also insgesamt 100 Milliarden Euro – einwerben.

- **Wir wollen Steuerfreiheit für Langfrist-Sparer.** Es gibt einen Unterschied zwischen Zocken und Sparen zur Altersvorsorge – und der muss sich auch im Steuerrecht abbilden. Die Altersvorsorge von Klein-Anlegern darf nicht genauso besteuert werden wie kurzfristiges Intra-Day-Trading. Wir wollen deshalb eine Steuerfreiheit von Kursgewinnen langfristiger Anlagen zur Altersvorsorge – mit einer Spekulationsfrist von fünf Jahren. Wer eine Aktie oder Anleihe über diesen Zeitraum hält, soll von der Steuerpflicht freigestellt werden.
- **Wir wollen den Solidaritätszuschlag komplett abschaffen.** Wir haben in den letzten Jahren vehement für eine Abschaffung des Soli gekämpft – und uns durchgesetzt. Dass wir den Soli für 90 Prozent der Steuerzahler abgeschafft und für weitere 6,5 Prozent reduziert haben, ist ein starker erster Schritt. Wir wissen aber auch: Solange der Soli nicht komplett abgeschafft ist, bleibt er eine Belastung gerade auch für mittelständische Kapital- und Personengesellschaften – ein Rückgrat unserer Wirtschaft. Der Soli darf nicht zur Sonderabgabe für den Mittelstand werden – und deshalb wollen wir ihn schnellstmöglich komplett abbauen.
- **Wir wollen einen Belastungsstopp.** Wenn das Wachstum zurückgeht, darf es nicht darum gehen, die Staatskassen zu füllen, sondern Bürgern und Unternehmen finanzielle Freiräume zu ermöglichen. Deshalb: Keine neuen Belastungen. Einkommensteuer-Erhöhungen, höhere Erbschaftsteuern oder die Wiedereinführung der Vermögenssteuer lehnen wir ab. Wem gut 800 Milliarden Euro gesamtstaatliche Steuereinnahmen immer noch nicht ausreichen, der handelt nicht verantwortungsbewusst, sondern maßlos. Wir brauchen einen Einstieg in eine Entlastung für die kleineren und mittleren Einkommen und einen Einstieg in eine notwendige Modernisierung der Unternehmensbesteuerung in Deutschland.
- **Wir wollen ein Unternehmensstärkungsgesetz verabschieden.** International wettbewerbsfähige Unternehmen brauchen ein international wettbewerbsfähiges Steuerrecht. Spitze bei der Wettbewerbsfähigkeit und Spitze bei der Steuerbelastung – das passt nicht zusammen. Deutschland ist im OECD-Vergleich zum Hochsteuerland geworden. Wir wollen deshalb ein Unternehmensstärkungsgesetz verabschieden, dass die Unternehmen im internationalen Wettbewerb erheblich entlastet. Unser Ziel ist die Absenkung der Ertragssteuerbelastung für Unternehmen auf 25 Prozent. Damit schaffen wir Spielräume für notwendige Investitionen in Digitalisierung und Innovationen. Dabei wollen wir die Rechtsformneutralität, gerade für Personengesellschaften, wahren. Gleichzeitig wollen wir die Unternehmen bei der Digitalisierung ihrer Geschäftsmodelle und -abläufe unterstützen, indem wir die steuerliche Abschreibung für digitale Innovationsgüter deutlich verbessern.
- **Wir wollen die Schwarze Null halten.** Die Union hat eine Trendwende in der Haushaltspolitik eingeleitet. Unter unserer Führung steht seit 2014 die Schwarze Null. Seitdem nehmen wir keine neuen Schulden auf – und wir wollen, dass das auch so bleibt.

Die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen vor morgen. Sie schränken die Handlungsspielräume kommender Generationen ein und verhindert eine Zukunft ohne Altlasten. Deshalb ist die Schwarze Null mehr als eine finanzpolitische Kennzahl – sie ist ein politisches Bekenntnis zu Generationengerechtigkeit, Zukunftsverantwortung und Solidität. Die gegenwärtigen Steuereinnahmen des Staates reichen aus, um Bürger und Unternehmen zu entlasten, Zukunftsinvestitionen vorzunehmen und für sozialen Ausgleich zu sorgen. Der Bundeshaushalt 2020 beweist das eindrücklich, indem er die schwarze Null mit Rekordinvestitionen in Höhe von 42,9 Milliarden Euro und Rekordentlastungen von 70 Milliarden Euro in den Jahren 2019 bis 2021 verbindet. Deshalb bleiben wir dabei: Keine neuen Schulden.

- **Wir wollen die Steuererklärung mit einem Klick.** Steuerentlastung heißt immer auch Entlastung von Bürokratie. Die Digitalisierung eröffnet hier enorme Chancen. Diese Chancen wollen wir nutzen. Jede Erleichterung, die technisch machbar ist, muss auch umgesetzt werden. Unter anderem soll künftig jeder Bürger jedes Jahr vom Staat eine vorausgefüllte Steuererklärung erhalten, in die bereits alle vorliegenden Daten eingetragen sind. Steuerpflichtige müssen dann ihre Einkommensteuererklärung nur noch auf Richtigkeit und Vollständigkeit kontrollieren und sie mit einem Klick freigeben. Außerdem sollen Eltern das Kindergeld künftig nicht mehr beantragen müssen, sondern automatisch erhalten. Die konkrete Umsetzung dieser Vorhaben soll über ein Sofort-Programm zur Digitalwende des Bundes prioritär vorangetrieben werden und mit ausreichenden Haushaltsmitteln ausgestattet werden. Auch im unternehmerischen Bereich sollten alle Prozesse der Finanzverwaltung dahingehend geprüft werden, ob ein bisher in Papierform abzugebender Prozess nicht auch künftig digital und damit bürokratiearm zur Verfügung gestellt werden kann.
- **Wir wollen ein Bürokratieentlastungsgesetz IV.** Wer das Wachstumspotenzial unseres Landes freisetzen will, muss die bürokratischen Belastungen unserer Unternehmen und insbesondere des Mittelstandes lockern. Mit dem Bürokratieentlastungsgesetz III haben wir die Wirtschaft bereits um 1,15 Milliarden Euro entlastet. Jetzt wollen wir den nächsten Schritt gehen und in einem Bürokratieentlastungsgesetz IV weitere Entlastungen durchsetzen. Dazu gehören eine Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Unterlagen im Handels- und Steuerrecht von zehn auf fünf Jahre und die Anhebung der Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter von derzeit 800 auf 1.000 Euro. Wir wollen außerdem das Jahr 2020 zum Initiativjahr für die Unternehmensdigitalisierung machen – und dafür eine 50-prozentige Sonder-Afa auf Digitalinvestitionen einführen.
- **Wir wollen den mitwachsenden Minijob.** Minijobs sind ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument, für die Beschäftigten und die Betriebe gleichermaßen. Sie ermöglichen vielen Menschen überhaupt erst den Einstieg in die Arbeitswelt und die Chance, sich ohne großen bürokratischen Aufwand Geld dazuzuverdienen. Für Unternehmen und Betriebe bieten Minijobs die Möglichkeit, flexibel auf die Auftragslage zu reagieren. Deshalb stehen wir zu den bestehenden Minijobs und wollen sie weiterentwickeln. Dafür wollen wir die Minijob-Grenze auf 600 Euro pro Monat anheben. Daneben sollen auch die Minijobber an der allgemeinen Lohnsteigerung teilhaben. Deshalb fordern wir, dass die Verdienstgrenze der Minijobs künftig mit den Löhnen steigt.